

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

### **Stacheln zeigen – Freiheit leben**

#### **Präambel**

Seit einiger Zeit beschäftigen sich Bündnis 90 / Die Grünen schwerpunktmäßig mit dem Thema Freiheit. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist Freiheit aber nicht nur ein politisches Thema, sondern vor allem ein persönlicher und gesellschaftlicher Grundwert.

Wir wollen diese manchmal philosophische Diskussion nun politisieren und in Forderungen übersetzen, die die tatsächliche Lebensrealität der Menschen in Bayern betreffen.

Doch es geht nicht darum, einen neuen Liberalismus zu definieren. Wir wollen mit diesem Antrag aufzeigen, an welchen Stellen die Menschen unserer Gesellschaft eingeschränkt werden, und diesen Einschränkungen und Barrieren politisch begegnen. Wir streiten für die Rechte von Frauen\*, Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuellen, für eine Welt ohne Grenzen, für Kinder-, Jugend- und Bürger\*innenrechte und für die Rechte derer, die sozial aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Der liberale Nachwächterstaat ist eine unfreie Gesellschaft. Die Vorstellung, dass der Staat ausschließlich die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit zur Aufgabe hat und den freien Markt nicht durch Wirtschafts- oder Sozialpolitik beeinflusst, entspricht nicht unserem Staatsverständnis. Neoliberalen Versuchen, Errungenschaften unseres Sozialstaates aufzuweichen stellen wir uns entschieden entgegen. Wir wünschen uns stattdessen einen Staat, der die Freiheit der Menschen mitgestaltet. Dies bedeutet, offensiv gegen Diskriminierung jeder Art vorzugehen und mehr als nur Chancengleichheit herzustellen.

Freier zu leben bedeutet jedoch auch, nicht immer nur nach vorne blicken zu müssen, sondern kreativ leben zu können. Menschen brauchen Freiraum zum Leben. Damit Freiräume nicht immer erst erkämpft werden müssen, sollen diese von jedem Menschen im Rahmen eines respektvollen Zusammenlebens definiert werden. Unsere Vorstellungen von einem freien, aufgeklärten gesellschaftlichen Zusammenleben betreffen einen Großteil des alltäglichen Lebens.

Wann immer es um den Begriff Freiheit geht, geht es auch darum die Freiheit anderer anzuerkennen. Daher ist es für die GRÜNE JUGEND BAYERN selbstverständlich, dass von uns akzeptiert werden muss, wenn sich jemand gegen die von uns erwünschte Lebensweise entscheidet. Dies bedeutet nicht, dass wir Diskriminierungen dulden müssen, sondern nur, unsere Meinung anderen Menschen nicht aufdrängen zu dürfen.

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

---

### **1. Freiheit im Netz**

#### **Freies Internet für alle**

In der modernen Gesellschaft ist ein Leben ohne eine funktionierende Internetverbindung zwar möglich, bedeutet aber erhebliche Einschränkungen. Um frei und ohne Hürden an unserer Gesellschaft teilhaben zu können, ist der Netzzugang inzwischen unabdingbar geworden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher kostenlosen Internetzugang für alle Menschen.

Dies bedeutet für uns jedoch mehr als nur eine Leitung in jedes Haus. Der finanzielle Aufwand für mobiles Internet kann auch Menschen strukturell davon abhalten, die Möglichkeiten des Internets wahrnehmen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher offenes WLAN an öffentlichen Plätzen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass für offene WLAN Netzwerke Rechtssicherheit geschaffen wird.

#### **Freiheit im Datenverkehr**

Das Prinzip der Netzneutralität, also die gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Übertragung von Datenpaketen, ist entscheidend für die demokratische Zukunft des Netzes. Durch das Infragestellen des Prinzips der Netzneutralität besteht die Gefahr, die innovations- und demokratiefördernde Wirkung des Internets nachhaltig zu gefährden. Viele Telekommunikationsfirmen verstoßen gegen das Prinzip der Netzneutralität. Die vollständige Blockade und das bewusste Verlangsamen von Peer-to-Peer-Verkehr sowie von Internet-Telefonie ist weit verbreitet.

Andere Länder haben bereits gezeigt, wie eine Regelung aussehen könnte. Die Zeit ist mehr als reif, die für unsere moderne Wissens- und Informationsgesellschaft und die weitere Entwicklung eines freien und offenen Internets so elementare Netzneutralität abzusichern. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Bundes- und Europaebene auf, die Netzneutralität umgehend gesetzlich zu verankern und umzusetzen.

#### **Freier Einblick in die Behörden**

Das Internet eröffnet aber auch neue Möglichkeiten, einen Blick auf die Arbeit unserer Verwaltung und Regierung zu werfen, und auf die Daten, die diese erheben, ebenfalls zugreifen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Open-Data Portal, das seinen Namen verdient und die Daten, die der Verwaltung vorliegen, mit offenen Standards und unter freien Lizenzen veröffentlicht.

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

Außerdem wollen wir weg von der Geheimniskrämerei der Behörden: alles, was Verwaltungen erarbeiten, muss veröffentlicht werden, soweit dem nicht gewichtige Gründe entgegenstehen. Dabei geht es auch darum, wichtige Informationen aufzubereiten und in verständlicher Form zu präsentieren. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb ein bayerisches Transparenzgesetz nach dem Vorbild Hamburgs.

## **2. Freiheit geht vor Sicherheit**

### **Keine Überwachung durch Geheimdienste**

Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich vehement gegen die präventive Überwachung durch Geheimdienste. Der Nutzen im Kampf gegen das Verbrechen ist im Vergleich zu den daraus resultierenden Grundrechtsverletzungen zu gering. Der Preis an Privatsphäre, den diejenigen zahlen müssen, die unter Generalverdacht gestellt werden, ist zu hoch.

Wir fordern deshalb die massenhafte Überwachung durch diverse Geheimdienste umfassend und unter größtmöglicher Transparenz aufzuklären und alle rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen, um Straftaten effektiv zu verfolgen und den Grundrechtsschutz der Bürger\*innen sicherzustellen. Insbesondere die Rolle der deutschen Geheimdienste ist aufzuklären.

Die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste hat dabei gänzlich versagt. Eine Weiterarbeit der Geheimdienste ist für uns nur bei einer grundlegenden Überarbeitung dieser Kontrollinstanz denkbar. Bei Bundes- und Landesverfassungsschutz ist bereits jetzt das totale Versagen sichtbar geworden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Abschaffung dieser beiden Dienste.

Wir fordern weiterhin, den gesetzlichen Schutz von Whistleblowern auszubauen.

Außerdem wirken wir insbesondere auch innerhalb der Grünen darauf hin, dass Techniken, die Schutz vor Ausspähung bieten, wie Anonymisierungsdienste oder Techniken zu Email-Verschlüsselung politisch stärker unterstützt und gefördert werden.

Aber auch innenpolitisch macht gerade die Union nicht davor Halt, weiter die Vorratsdatenspeicherung in die Tat umsetzen zu wollen. Wir fordern umgehend alle Planungen für eine solche Speicherung abubrechen und die Überwachungsromantik endlich zu beenden.

Im Zuge der aktuellen Mautdebatte hat nun der Bundesverkehrsminister ein Konzept vorgelegt, nach dem die Mautkontrolle elektronisch über Erfassung der Kennzeichen funktionieren soll. Damit hätte der Staat eine komplette Erfassung aller Fahrzeuge und ihrer Fahrtstrecken

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

auf deutschen Autobahnen. Das Bundeskriminalamt hat bereits das Recht auf Zugriff auf diese Daten zur Verbrechensbekämpfung angemeldet. Aus dem aktuellen Geheimdienstskandal wissen wir, dass staatliche Organisationen im Zweifelsfall auch ohne rechtliche Grundlage auf abgespeicherte Daten zugreifen werden. Deswegen ist für uns jede willkürliche Massenerfassung von Kennzeichen abzulehnen und Dobrindts Mautkonzept inakzeptabel.

### **Datenschutz ernst nehmen!**

Datenschutz muss vom Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung ausgehen. Daten dürfen vom Staat nicht ohne Grund gespeichert werden, genauso wenig wie Unternehmen Daten ohne explizites Einverständnis abspeichern dürfen. Außerdem müssen die Bürger\*innen verständliche Auskunft darüber erhalten, wie die eigenen Daten verarbeitet werden oder ob der\*die Anbieter\*in Daten an Strafverfolgungsbehörden oder Geheimdienste weitergegeben hat. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass die geplante EU-Datenschutzrichtlinie schnell und ohne weitere Abstriche beschlossen und umgesetzt wird.

### **Videoüberwachung stoppen**

Neben den Möglichkeiten online, sind aber auch im öffentlichen Raum zunehmend Instrumente im Einsatz, bei denen ein leichtfertiger Umgang der falsche Weg ist. Bayern wird derzeit von über 17.000 Kameras, die von Kommunen, kommunalen Unternehmen oder Landesbehörden an öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Plätzen aufgestellt wurden, überwacht. Videoüberwachung ist erwiesenermaßen keine Generallösung für Sicherheitsprobleme. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass Kommunen keine Möglichkeiten erhalten, öffentliche Räume zu überwachen und die Möglichkeiten der Überwachung durch die Polizei nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf ausgewiesene Gefahrenstellen beschränken.

Der Einsatz der auf der Schulter von Beamt\*innen getragene Mini-Kameras, sogenannter Bodycams, als zusätzliche Überwachungsmethode der Polizei, dient vor allem dem Sammeln von Daten von Bürger\*innen und stellt diese unter Generalverdacht. Da die Kameraübertragung von den Beamt\*innen im Einsatz selbst gesteuert wird, kann es außerdem zu einer missbräuchlichen, selektiven Datenerfassung kommen. Den Einsatz von Bodycams bei der Polizei lehnen wir deshalb ab.

An vielen Stellen scheint der Einsatz von Videoüberwachung grundsätzlich sinnvoll, wie bei der Seitenstreifenfreigabe auf Autobahnen. Aber auch hier muss der Datenschutz immer Vorrang haben. Deshalb fordern wir die zuständigen Behörden auf, sicherzustellen, dass die Erfassung von KFZ-Kennzeichen nicht möglich ist.

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

### **3. Freiheit im öffentlichen Raum**

#### **Für eine Anpassung der Ladenöffnungszeiten**

Bayern hat nach wie vor restriktive Ladenöffnungszeiten: Geschäfte müssen grundsätzlich um 20 Uhr schließen und an Sonntagen ganz geschlossen bleiben.

Der Lebensrhythmus der Menschen hat sich geändert und an vielen Stellen auch die Arbeitszeiten. Viele wünschen sich die Möglichkeit, länger als bis 20 Uhr einkaufen zu können und empfinden die aktuelle Regelung als nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern daher die Anpassung des Ladenschlusses an die Lebenswirklichkeit der Menschen, bei Beibehaltung des Sonntagschutzes.

Dennoch dürfen soziale Aspekte nicht außer Acht gelassen werden. Im Einzelhandel werden bereits jetzt viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Darum muss mit einer Erweiterung der Öffnungszeiten eine Stärkung der Arbeitnehmer\*innenrechte einher gehen. Es braucht klare Arbeitszeitregelungen sowie Zuschläge für Nachtschichten, Sonn- und Feiertage als Ausgleich. Trotzdem wären gerade Menschen mit geringem Einkommen und Armutsgefährdung aus finanziellen Gründen dazu gezwungen, Nachtschichten zu übernehmen. Deshalb setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für eine Freigabe bis 24 Uhr ein.

#### **Sperrzeit abschaffen**

Von der 2005 beschlossenen Lockerung der Sperrzeit ist in Bayern nicht mehr viel übrig. Über eine Hintertür im Gesetz haben viele Städte bereits wieder restriktive Sperrzeiten eingeführt. In Bamberg, Erlangen oder Regensburg müssen Bars bereits um 2 Uhr schließen. Solche Regelungen sind ein ungerechtfertigter Eingriff in die persönliche Freiheit und gefährden ein aktives Nachtleben, Jugendkultur und vor allem kleinere Lokalitäten, für die sich die kurze Ausschankzeit nicht rentiert. Es findet auch keine Reduzierung des Lärms für Anwohner\*innen statt, wenn alle Besucher\*innen gleichzeitig das Lokal verlassen und sich dann auf öffentlichen Plätzen weiter aufhalten müssen. Ebenso wenig führt eine Sperrzeit zu weniger Alkoholmissbrauch oder Gewalttaten. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die komplette Abschaffung der Sperrzeit.

#### **Tanzverbot abschaffen**

In Bayern gibt es derzeit 7 stille Feiertage, an welchen ein zeitweiliges Tanzverbot von 2 Uhr beziehungsweise 14 Uhr bis 24 Uhr andauert. An Karfreitag und Karsamstag gilt sogar ein ganztägliches Tanzverbot. Somit hat Bayern neben Hessen und Baden-Württemberg das strengste

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

Tanzverbot. Entgegen der weit verbreiteten Meinung betrifft das Tanzverbot nicht nur Tanzveranstaltungen im herkömmlichen Sinne, sondern alle öffentlichen Unterhaltungsveranstaltungen die den entsprechend ernsten Charakter der Feiertage nicht wahren. An Karfreitag und am Buß- und Betttag sind außerdem Sportveranstaltungen untersagt. Die herausragende Stellung insbesondere von christlichen Feiertagen, die das gesamte gesellschaftliche Leben beeinflusst, lässt sich nicht rechtfertigen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Abschaffung des Tanzverbotes an so genannten „stillen Tagen“. Dazu wollen wir eine Änderung des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage.

### **Jugend braucht Freiräume**

Freiheit muss gelebt werden können. Gerade junge Menschen wünschen sich Freiräume, die sie ohne Kontrolle eines Erwachsenen selbst gestalten können. Städte und Gemeinden können dies mit der Unterstützung von Jugendzentren fördern. In einem erfolgreichen Jugendzentrum muss die Selbstverwaltung durch Jugendliche im Mittelpunkt stehen. Nur so entsteht auch wirklich ein Freiraum, der kreativ genutzt werden kann. Aber auch Skaterparks und -hallen sind ein Ausdruck des Wunsches nach Freiheit. Solche Initiativen müssen von der Politik vor Ort unterstützt und gefördert werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine weitreichende und unbürokratische finanzielle Förderung von Jugendzentren und selbstverwalteten Projekten vor Ort.

Viele junge Menschen haben den Wunsch, ihre Umgebung aktiv mitzugestalten und zu verschönern. Urban Gardening und Street Art sind dafür Beispiele. Vor allem Street Art unterliegt aber nach wie vor einer hohen Illegalisierung. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Verpflichtung aller Städte und Gemeinden, ausreichend Flächen für Graffiti-Künstler\*innen bereitzustellen, sowie die Verschönerung von öffentlichen grauen Mauern zu legalisieren. Die Verwaltung sollte in Zukunft bereits im Vorfeld Independentkünstler\*innen stärker für „Kunst am Bau“-Projekte einbeziehen.

### **Freiraum ist für alle da**

In vielen Städten und Gemeinden herrscht auf bestimmten Grünflächen, öffentlichen Plätzen oder im ÖPNV Alkoholverbot. Die Befürworter\*innen dieses Verbots führen „mehr Sicherheit und Sauberkeit“ an diesen alkoholfreien Orten ins Feld. Allerdings wird die erwünschte Wirkung in der Regel nicht erzielt, sondern der Konsum nur auf andere Plätze verlagert. Besonders Jugendliche, finanziell schwächer ausgestattete Menschen oder Obdachlose sind von solchen Verboten betroffen, da sie sich nicht immer die teureren Preise in Lokalen leisten können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, keine weiteren Alkoholverbots-Zonen einzurichten und die bisherigen aufzulösen.

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

### **Drogenpolitik: „Frei sein, high sein.“**

Die globale Drogenpolitik, deren zentrales Dogma das Verbot ist, hat versagt. Unabhängig davon, dass wir Drogenverbote ablehnen, lässt sich feststellen: Es war und ist nicht möglich, mittels repressiver Maßnahmen Angebot und Nachfrage nennenswert einzudämmen. Das Gegenteil ist der Fall, die Zahl der Drogenkonsument\*innen steigt kontinuierlich an. Der illegale Schwarzmarkt entzieht sich jedweder Kontrolle. Drogenkriege, Todesfälle aufgrund schlechter, gestreckter und undosierbarer Drogen sowie ein problematischer gesellschaftlicher Umgang mit Sucht und Drogen sind nur einige der negativen Folgen der Prohibitions politik des 20. Jahrhunderts. Damit muss Schluss sein.

Hierbei ist die Entkriminalisierung der erste Schritt. Selbstbestimmter Drogenkonsum und die Freiheit jedes Menschen, über das eigene Handeln zu entscheiden, haben hier Vorrang. Zudem verschlimmert Kriminalisierung die Situation abhängiger Menschen und verhindert Erziehung zu verantwortungsbewusstem Konsum. Sucht darf keine Straftat sein. Es ist eine ernstzunehmende Krankheit. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert dringend mehr Hilfsangebote für Abhängige. Der Staat ist hier in der Verantwortung, diese mit ausreichend finanziellen Mitteln zu unterstützen und Anträge schnell zu bearbeiten. Wir fordern, die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Bayern endlich zu ermöglichen. Außerdem soll Diamorphin mit anderen Substitutionsmedikamenten gleichgestellt werden.

Aber auch bei der Strafverfolgung besteht akuter Handlungsbedarf. Wir fordern, Drug-Checking Angebote einzurichten, bei deren Nutzung Konsument\*innen keine Strafverfolgung befürchten müssen. Außerdem fordern wir auch, dass Bayern die vom Bundesverfassungsgericht beschlossene einheitliche Einstellungspraxis bei Cannabisdelikten endlich umsetzt und auch bei geringen Mengen anderer Drogen Strafverfahren eingestellt werden.

Im Bereich der Aufklärung und Prävention muss früh angesetzt werden. Im Unterricht muss hierbei auf alle Drogen sachlich eingegangen werden, nicht nur auf Alkohol und Tabak. Um Drogen nicht verharmlosend darzustellen, fordern wir ein Werbeverbot für allen Drogen.

Es muss endlich Schluss sein mit Prohibition und Repression! Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die kontrollierte Freigabe aller Drogen in speziellen, dafür geschaffenen Fachgeschäften. Das Personal muss, wie in Apotheken, auf Gefahren hinweisen und eingehen können. Zudem müssen die Verpackungen standardisierte Angaben über die Reinheit der Inhaltsstoffe, über das Gesundheitsrisiko, mögliche Wechsel- und Nebenwirkungen und das Verfallsdatum aufweisen.

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

### **4. Freiheit heißt Gerechtigkeit – Arbeit ohne Hindernisse**

Lohnarbeit ist ein Widerspruch zu Freiheit. Die kapitalistische Gesellschaft hat freie Bürger, später auch Bürgerinnen, hervorgebracht, die materiell jedoch alles andere als frei sind. Solange wir im Kapitalismus leben, setzt sich die GRÜNE JUGEND für gute Arbeitsverhältnisse, von denen Menschen gut und sicher leben können, in denen sie nicht diskriminiert und überwacht werden, ein. Wir wollen gerechte und gute Entlohnung für Alle und starke Interessenvertretungen von Arbeitnehmer\*innen.

Aber auch Menschen die nicht arbeiten wollen oder können, haben ein Recht auf kulturelles und soziales Existenzminimum. Wir kämpfen für ein sanktionsfreies Grundeinkommen. Wir stellen uns gegen jede bürokratische Schikanie und Kriminalisierung von Armen und Arbeitslosen, wie sie die Agenda 2010 hervorgebracht hat.

#### **Abschaffung der Klassengesellschaft bei Gesundheits- und Pflegeversicherungen**

Im Gesundheits- und Pflegesystem wurde ein Chaos aus Ausnahmeregelungen, unverständlichen Leistungskatalogen von gesetzlichen im Vergleich zu privaten Versicherungen und irrwitzigen Zusatzzahlungen etabliert. Dabei wird die grundsätzliche Idee des Solidarausgleichs untergraben.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Einführung einer Bürger\*innenversicherung, die ein Ende der Zwei-Klassen Gesundheits- und Pflegeversicherungen bedeutet. Um ein solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem zu ermöglichen, müssen gut verdienende Angestellte, Beamt\*innen, viele Abgeordnete und die meisten Selbständigen in das System miteinbezogen werden. Dabei schlagen wir als Beitragsbemessungsgrenze für die Gesundheits- und Pflegeversicherung 5950 EUR analog zur Bemessungsgrenze der Rentenversicherung in den alten Bundesländern vor.

#### **Gleiches Geld für gleiche Arbeit**

Aktuell findet jährlich im März der Equal Pay Day statt, da Vollzeit arbeitende Frauen\* immer noch weniger verdienen als männliche Arbeitnehmer. Dieser Tag markiert das Datum, bis zu dem Frauen\* für das vergangene Jahr ohne Bezahlung weiterarbeiten. Aktuell beträgt der durchschnittliche Gehaltsunterschied, der Gender Pay Gap, nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes 22%. In den alten Bundesländern ist der Prozentsatz noch höher.

Bezahlung und Entlohnung müssen unabhängig vom Geschlecht sein. Dem Zustand, dass Frauen\* immer noch häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne Sozialversicherung angestellt sind, überproportional oft schlecht bezahlt im wichtigen Care-Bereich arbeiten oder ge-

### **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

sellschaftlich zu Teilzeitarbeit gedrängt werden, muss dringend entgegengewirkt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für einen weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Abschaffung des Betreuungsgeldes, eine finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung der Care-Berufe, die Abschaffung des Ehegattensplittings, ein Verbandsklagerecht, ein Entgeltgleichheitsgesetz und eine gesetzliche Frauenquote von 50% in Aufsichtsräten und Vorständen ein.

Viele Menschen sind in Deutschland trotz Arbeitsverhältnis auf staatliche Unterstützung in Form von Lohnaufstockung angewiesen. Etliche Arbeitgeber\*innen kalkulieren die Staatshilfe beim Lohnvorschlag bereits mit ein. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen trotz der staatlichen Aufstockung unter der Armutgrenze leben und so in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden. Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten, müssen auch davon leben können. Daher nehmen wir die Unternehmen in die Pflicht und fordern die Einführung eines Mindestlohns ohne Ausnahmen. Zudem setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für eine Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) ein und fordert die Überführung dieser Beschäftigungsverhältnisse in reguläre voll sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen. Für kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs in Privathaushalten müssen Sonderregelungen gefunden werden, die sowohl für eine soziale Absicherung sorgen, als auch unangemeldete Arbeit unterbinden.

### **Neue Zeitpolitik**

Nicht nur die Frage, wie und für wie viel Geld gearbeitet wird, sondern auch wer wie viel arbeitet, ist politisch. Wir wollen eine gerechtere und flexiblere Aufteilung von Arbeitszeit und Arbeitszeitmodelle abseits der Vollzeit politisch fördern. Wir setzen uns außerdem für eine schrittweise Reduktion der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ein.

### **Kirchliches Sonderarbeitsrecht abschaffen**

Wenn Ungleichbehandlung bei der Arbeit, wie im Fall der kirchlichen Trägerschaft, so weit geht, dass Menschen aufgrund ihrer Ansichten über Partnerschaft und Sexualität diskriminiert werden, ist die Linie weit überschritten. Die Tatsache, dass die meisten karitativen und erzieherischen Einrichtungen zwar in kirchlicher Trägerschaft, aber staatlich finanziert sind, kommt erschwerend hinzu. Weshalb z.B. die sexuelle Orientierung von Mitarbeiter\*innen in Kindergärten eine Rolle spielen sollte, ist uns unerklärlich. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, den Tendenzschutz auf den religiösen Kernbereich der Tätigkeit von Kirchen einzuschränken.

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

### **5. Freiheit für eine zukunftsähige, innovative Wirtschaft**

#### **Innovationen gehört die Zukunft**

Die Ansammlung vieler marktführender Unternehmen fußt auf den Initiativen, die Unternehmer\*innen und Forscher\*innen vor Ort gestartet haben. Gerade in Zeiten, in denen in vielen Branchen um günstigere Lohn- und Standortfaktoren gekämpft wird, sollten wir die Bereiche fördern, in denen der Weltmarkt Qualität schätzt und die Hochtechnologie und Innovationsmarkt nahezu konkurrenzlos sind. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern Entrepreneurship Education an Hochschulen – insbesondere in Form von Lehrstühlen – auszubauen und auch in die Schulen und Lehrpläne zu bringen.

Aber nicht nur an den Universitäten braucht es Mut zur Gründung. Der Gründungszuschuss im Sozialgesetzbuch III hat eine zentrale Rolle bei Existenzgründungen von Arbeitslosen. Durch die Änderung 2011 sind die Bewilligungen von Fördermaßnahmen massiv eingebrochen – von 133.819 im Jahr 2011 auf 20.321 im Jahr 2012. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Denn auch, wenn sich eine Kürzung der Leistungen in diesem Bereich kurzfristig auszahlen mag, so werden damit gleichzeitig auch Zukunftsinvestitionen ausgebremst. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb ein Ende der reinen Ermessensentscheidung bei der Bewilligung von Gründungszuschüssen.

#### **Kammerzwang abschaffen**

Kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Start-Ups, haben wenig vom Kammersystem. In manchen Fällen machen Kammern und Kammerunternehmen ihren Zwangsmitgliedern sogar Konkurrenz. Der Verweis auf die Befreiung vieler Unternehmen ist hierbei eine Rechtfertigung und keine Lösung. Zwangsmitgliedschaften sind nicht mehr zeitgemäß. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Abschaffung des Kammerzwangs.

#### **Kleinen und mittelständischen Unternehmen keine Steine in den Weg legen**

Bürokratische Hürden sind oftmals die größten Hürden für Gründer\*innen. Deshalb muss der bürokratische Aufwand so klein wie möglich gehalten werden und die zuständigen Stellen besser auf die besondere Situation von Gründer\*innen eingehen können. Aber nicht nur Behörden, sondern auch die Gesetzgebung kann Hürden absenken, indem sie bei der Einführung neuer unternehmerischer Normen verstärkt auch die mögliche Belastung für Start-Ups überprüft.

Von den Befreiungen von der EEG-Umlage profitieren große Konzerne. Kleine und mittlere Unternehmen zahlen genauso wie Privatverbraucher\*innen für die Großkonzerne mit. Damit

## **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

muss Schluss sein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass es keine Befreiungen von der EEG-Umlage geben darf.

### **Für ein Nachhaltiges Wirtschaften für die Freiheit von morgen**

Freiheit hört auf, wo wirtschaftliches Handeln ökologisches, nachhaltiges und soziales Denken aus den Augen verliert. Da unsere natürlichen Ressourcen begrenzt sind, ist ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum schlicht unmöglich. Dennoch wird dies von Medien und Regierungen weiterhin oft als einziger Ausweg aus wirtschaftlichen Krisen gesehen. Eine stetige Konsumsteigerung geht auf Kosten des sozialen Zusammenlebens und der Umwelt.

Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für eine nachhaltige und ressourcenschonende Wirtschaftsweise ein. Eine Bewertung von Lebensqualität und Fortschritt darf nicht einzig von der Höhe des Gesamtwerts der produzierten Waren und Dienstleistungen eines Landes, des Bruttoinlandsproduktes, abhängen. Die Nachhaltigkeit des Wachstums, der Zustand der natürlichen Ressourcen, die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Bildungschancen, Lebenszufriedenheit, Lebenserwartung und der ökologische Fußabdruck des Landes müssen stärker einbezogen werden.

### **6. Lieb doch wie und wen du willst**

Freiheit bedeutet für uns unter anderem, dass jede\*r, solange es nicht auf Kosten anderer geht, so lieben kann, wie sie oder er es möchte. Seit Jahren wird für die gesellschaftliche und staatliche Anerkennung von Homo-, Trans- und Bisexualität gekämpft. Auch ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs zu anderen alternativen Beziehungskonzepten wie beispielsweise Polyamorie, Promiskuität oder asexuell lebenden Menschen muss gesellschaftlich etabliert werden.

Es gibt eine große Vielfalt an Beziehungs- und Familienmodellen. Jede Benachteiligung von einzelnen Modellen halten wir für falsch.

Hierbei geht es um Selbstbestimmung und Emanzipation. Wir fordern die Gleichberechtigung aller sexuellen Identitäten und Beziehungsformen. Wir fordern die Ergänzung der staatlich privilegierten Ehe und der bis dahin gleich gestellten Lebenspartner\*innenschaft durch einen flexiblen Familien- und Partner\*innenschaftsvertrag für beliebig viele Personen, die füreinander Verantwortung übernehmen wollen. Der Familien- und Partner\*innenschaftsvertrag soll es schaffen, allen Menschen gleichermaßen die Möglichkeit zu geben, ihrer Liebe Ausdruck zu verleihen. Familien existieren auch außerhalb des Modells "Vater-Mutter-Kind(er)"

Wir setzen uns, wie die baden-württembergische Landesregierung dafür ein, dass bereits in den Schulen Akzeptanz, Respekt und Sensibilität für unterschiedlichste geschlechtliche und se-

### **Beschluss des 35.Landesjugendkongress in Landshut vom 7. bis 9.November 2014**

xuelle Identitäten geschaffen werden. Schüler\*innen sollen sich mit Ihrem eigenen Geschlecht auseinandersetzen mit dem Ziel, sich selbstbestimmt, frei und reflektiert für eine ihrer Persönlichkeit entsprechenden Lebensführung entscheiden zu können. Die diskriminierenden Forderungen aus Politik, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen müssen durch gegenseitigen Respekt und Vermittlung gesellschaftlicher Tatsachen angegangen werden. Nur so kann ein vorurteils- und gewaltfreier sowie stereotyp-sensibler Umgang geschaffen werden. Eine Gesellschaft, die frei von Diskriminierungen ist, kann es nur geben, wenn bereits im frühen Alter gezeigt wird, dass es Lebenswelten über das monogame, heterosexuelle Familienmodell hinaus gibt und wenn sich Schulen aktiv gegen Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Transgender, Intersexual) einsetzen.

Wir setzen uns für einen ernsthaften gesellschaftlichen Diskurs zum den Themen Polyamorie, Promiskuität und andere alternative Beziehungsformen ein. Hier muss besonderes Augenmerk auf weibliche Sexualität und Beziehungsverhalten gelegt werden. So ist es in der heutigen Gesellschaft nicht nur problematischer als Frau\* in alternativen Beziehungsformen zu leben, die weibliche Sexualität ist – egal in welcher Art und Weise sie ausgeübt wird oder nicht – in unserer immer noch patriarchal strukturierten Gesellschaft marginalisiert. Diese Marginalisierung muss aufgebrochen werden um eine faire, offene und gleiche Lebensrealität für Frauen\* zu schaffen.

### **Stacheln zeigen für eine freie Zukunft**

Freiheit ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Wir müssen für sie kämpfen und werden das mit unseren Forderungen offensiv tun. Es ist noch viel zu tun, das zeigt die Vielzahl an Forderungen, die wir an die Politik und damit an die Gesellschaft stellen. Doch wir kämpfen für eine zukunftsfähige, nachhaltige und lebenswerte Welt. Das bedeutet manchmal auch, Stacheln zu zeigen, um Freiheit leben zu können.